WLZ

GEW

Wiesbadener Lehrerinnen und Lehrerzeitung • Nr. 2 November 2015 • 32. Jahrgang

Klassenzimmer 2020 ?

Mit dem Sanierungsstau in die Zukunft!

SCHULEN: DEUTSCHLAND LÄSST SEINE ZUKUNFT VERROTTEN

Deutschland ist ein reiches Land – das seine Schulen seit Jahren verkommen lässt. Eltern und Lehrer resignieren. Die zuständigen Politiker scheint es nicht zu kümmern.
Die Bildungsministerin von Thüringen? Ist leider nicht zu sprechen. Der Bildungsminister von Hessen? Mag kein Interview geben. Die Bildungsministerin von Schleswig-Holstein? Kann diese Woche nicht.
Dies ist womöglich die traurigste Erkenntnis der Berichterstattung von ZEIT und ZEIT ONLINE über die schlimmen Zustände an Deutschlands Schulen: Kein verantwortlicher Minister will sich äußern, niemand möchte Stellung beziehen. Sie ducken sich weg. So wie sie jahrelang weggeschaut haben müssen, wenn Rektoren und Schulräte den schleichenden Verfall der Schulgebäude im Land beklagten. Es hat die Politiker nicht interessiert. Wie sonst kann sein, dass so viele Schulen Bauruinen gleichen?

Deutschland ist ein reiches Land, aber der Reichtum ist nicht gleich verteilt. Wenn in den vergangenen Jahren gefordert wurde, dass Bund und Länder mehr in die Infrastruktur investieren müssten, dann hieß es oft: Ist doch nicht notwendig, hierzulande sieht es immer noch viel besser aus als in, sagen wir mal, Süditalien.
Aber das ist eben nur der oberflächliche Eindruck. Schaut man genauer hin, dann entdeckt man, wie viele Straßen inzwischen voller Schlaglöcher sind; wie viele Brücken nicht mehr befahren werden können; wie viele Schulen so heruntergekommen sind, dass man sein Kind eigentlich gar nicht mehr dorthin schicken mag. Selbst in einem reichen Bundesland wie Bayern ist das so.

Anmerkung unseres Lesers J.A.(NDS): Ach – auch mal aufgewacht? Gehört die ZEIT nicht auch zu den Zeitungen, die die massiven Steuersenkungen zugunsten der Unternehmerseite immer gut geheißen hat und sowieso findet, daß der Staat „schlanker“, sprich ärmer, zu sein hat?
(Quelle: http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/marode-schulen-bildungspolitik)

INHALT

2

Nachruf

3

Kampagne „A 13 für Alle“

4

Praxissemester/Erste Klappe

5

Kann man 56 Überlastungsanzeigen ignorieren?

6

Diskussion zum Kopftuchurteil

9

Das Netz der Lobbyisten

10

Rechenschaftsbericht

12

Warnstreik: Maßregelungen im Anmarsch

13

Die Beschulung von Seiteneinsteigern

14

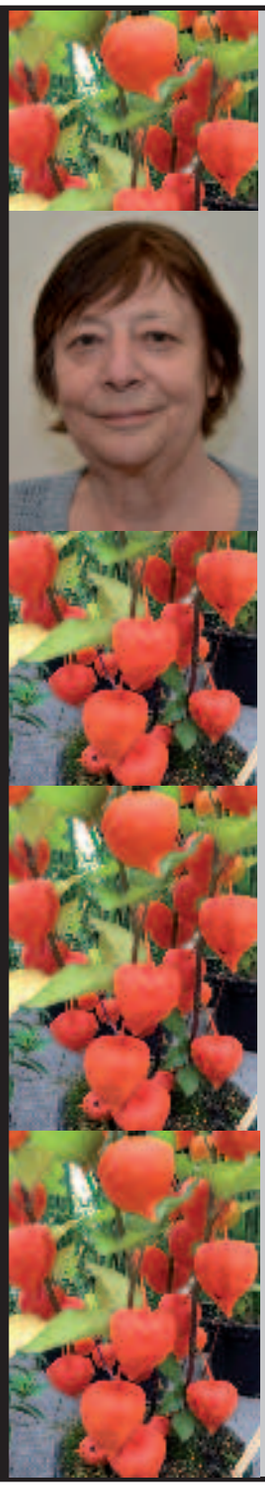
Die Welt brennt - die Türkei auch

15

Gefährdung durch PVC-Weichmacher

16

Mitgliederversammlung 2015



Nachruf auf Bärbel Lambrecht

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“ (Karl Marx, Feuerbachthesen)

Unsere langjährige Kollegin und Freundin Barbara Lambrecht ist am 7. Oktober 2015 nur acht Tage nach ihrem 70. Geburtstag nach schwerer Krankheit gestorben. In der Arbeit des GEW-Kreisverbands Wiesbaden haben wir sie persönlich und fachlich sehr schätzen gelernt.

Bärbel philosophierte, ohne jemals den Boden politischen Handelns aufzugeben.

Bärbel lehrte uns immer wieder - zwischendurch und niemals aufdringlich - linke, literarisch-soziologische und philosophische Sichtweisen in unseren gewerkschaftspolitischen Diskussionen zu beherzigen.

Bärbel interpretierte nicht nur, sie veränderte die Welt, nahm ihren Bildungsauftrag für unzählige Schülerinnen und Schüler im Sinne einer klassischen Bildung, gepaart mit dem Anspruch gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe, sehr ernst und im Kleinen prägte sie in den letzten sieben Jahren unseren Kreisverband entscheidend mit.

Kaum ein 1. Mai, an dem Bärbel nicht den GEW-Stand mitbetreute. Sie gehörte zum WLZ-Redaktionsteam.

Nachdem eine breit angelegte staatliche Lehrerfortbildung 2005 zugunsten einer „Führungsakademie“ weitgehend zerschlagen und privatisiert wurde, war es Bärbel ein großes Anliegen, dass die GEW-Hessen ein adäquates Ersatzangebot mit dem Bildungswerk „LEA“ schuf, und sie arbeitete viele Jahre engagiert im LEA-Programmbeirat mit.

Wir sind sehr traurig darüber, einen so politischen, intellektuellen und gutherzigen Menschen gehen lassen zu müssen. Wir hoffen, dass ihr geistiges Erbe uns in unseren Sitzungen und in unserem politischen Handeln weiterhin begleiten wird.

Für den GEW-Kreisverband Wiesbaden Christine Dietz und Thomas Eilers

Impressum: Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung. Herausgeber ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden; Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, Tel: 0611/406670, EMail: info@gew-wiesbaden.de; www.gew-wiesbaden.de; Redaktion: Arnold Spellerberg, Thomas Eilers, Fotos: GEW, Druck: wfb Wiesbaden-Rheingau-Taunus (Werkstätten für behinderte Menschen), Tel. 0611/1749-312; Auflage: 1800. ***Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion oder des Kreisvorstands Wiesbaden der GEW wieder.***

KAMPAGNE „A 13 FÜR ALLE!“

Der WLZ-Kommentar von Christine Dietz

Ja, ich habe mich bewusst dafür entschieden, Grundschullehrerin zu werden. Weniger bewusst war mir zu Beginn meines Studiums allerdings, dass ich schlechter als alle anderen Lehrkräfte verdienen, dafür jedoch die höchste Unterrichtsverpflichtung mit 29 Stunden haben würde. Ferner wusste ich nicht, dass ich Zusatzaufgaben per Dienstanweisung ohne jegliche zeitliche Entlastung und ohne Beförderungsmöglichkeit erhalten kann, GymnasialkollegInnen für eine solche Aufgabe aber zur Oberstudienrätin befördert werden. Weitere strukturelle Benachteiligungen im Grundschullehramt ließen sich hier über Deputatsstundenregelungen oder ähnliche Themen ausbreiten.

Also Augen auf bei der Berufswahl? Kleine Kinder - weniger Geld, große Kinder - mehr Geld?

Oft gerate ich, auch GEW-intern, in Diskussionen, die auf einer vermeintlichen Leistungsebene geführt werden. Argumente von KollegInnen sind oftmals diese:

a) Grundschullehrkräfte haben ein kürzeres Studium und Referendariat.

Stimmt nur teilweise. In sechs Bundesländern ist das Studium für alle Lehrämter mit acht Semestern gleich lang. Den Grundschullehrkräften verweigert man jedoch die Höhergruppierung auf A 13. In Hessen hat das Studium zum Lehramt an Grundschulen mit sechs Semestern die gleiche Dauer wie dasjenige für das Lehramt an Haupt- und Realschulen. Die so ausgebildeten KollegInnen erhalten A 13. Das Referendariat hat für alle Lehrämter die gleiche Dauer. Zu ergänzen ist, dass sich GrundschullehrerInnen durch das KlassenlehrerInnenprinzip mit Antritt einer Stelle sofort wieder ins Selbststudium begeben, weil sie auch die Fächer sach- und fachbezogen kompetent unterrichten müssen, die sie nie studiert haben, aber unterrichten müssen. Genauso verhält es sich mit den Anforderungen der Inklusion. Ohne sonderpädagogische Ausbildung sollen Grundschullehrkräfte den Kindern und Eltern trotzdem kompetente Ansprechpartner sein. Es wäre ein Leichtes, – ähnlich wie bei der früheren „Zehnkämpferausbildung“ – Fachwissen und sonderpädagogisches Wissen in ein längeres Studium zu integrieren.

b) Das Studium ist „vom Abstraktionsniveau her“ nicht so anspruchsvoll.

Ich kann mich nicht entsinnen, dass Grundschullehrkräften an der Uni wissenschaftliches Arbeiten light abverlangt wurde. Oft saßen alle Lehrämtler inklusive Diplom-und Magisterstudierende gemischt in Vorlesungen und Seminaren. Es geht schlicht um den Schwerpunkt der Studieninhalte: Pädagogik oder Fachwissenschaft. Die Pädagogik als Wissenschaft und auch die universitäre Fachdidaktik werden noch immer abgewertet. Dass diese Abwertung historisch in der traditionellen Trennung weiblicher/unbezahlter und männlicher/bezahlter Arbeitsbereiche aufgrund sozialer Geschlechterrollenzuschreibung verwurzelt ist, wird im öffentlichen Diskurs viel zu wenig berücksichtigt und ist medial als Argumentationsprinzip kaum präsent. Leider wurde auch im gerade beigelegten S+E Tarifkonflikt – für unsere vermeintliche „Leistungsgesellschaft“ als Adressatin – von Ver.di vordergründig ein gewachsenes Aufgabenspektrum für eine Aufwertung herangezogen und nicht konsequent die Ungleichbehandlung qua Geschlecht und damit einhergehend die Abwertung von Pädagogik und Pflege thematisiert. Eine vertane Chance, aus der wir innergewerkschaftlich lernen sollten.

FÜR DIE BESEITIGUNG EINER HISTORISCH GEWACHSENEN FINANZIELLEN BENACHTEILIGUNG VON GRUNDSCHULLEHRERINNEN

Und was sagt die GEW dazu?

Die GEW hat im Zuge der Landesdelegiertenversammlung 2014 aufgrund eines Antrags zur Aufwertung der sogenannten Frauenberufe, gestellt von der Jungen GEW, eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der stellvertretenden Vorsitzenden Maike Wiedwald und Karola Stötzel gegründet, die bisher eine Fachtagung am Vortag des S+E-Streiks im Mai 2015 organisiert hat und derzeit an einer Vorlesungsreihe arbeitet.

Die schlechtere Bezahlung von Grundschullehrkräften beschäftigt die GEW seit Jahrzehnten. Durch die universitäre Ausbildung in Hessen konnte die Besoldung von A11 auf A12 angehoben werden. Die Forderung nach gleicher Entlohnung für gleichwertige Arbeit ist in der GEW seit über 40 Jahren beschlossene Sache. Im Mai 2014 entschied sich eine kleine Gruppe am Rande einer südhessischen Bezirksvorstandsklausur, den „Papiertiger“ wieder zum Leben zu erwecken und führte einen „Grundschultag“ am 13.11.2014 unter dem Motto „Am 13. für A13“ durch. Wiederkehrend am 13. eines Monats, sollten auf Kreisebene Aktionen erfolgen, um auf die Arbeitsbedingungen der Grundschullehrkräfte aufmerksam zu machen. Hier blieb es zunächst bei einer einmaligen Aktion, einer Weihnachtswunschmail an den Kultusminister am 13.12.2014, da das Thema auf Landesebene eine breitere Beachtung im Rahmen einer auf „langen Atem“ ausgelegten Strategie finden sollte.

Die Landesdelegiertenversammlung als höchstes Beschlussgremium der GEW Hessen beschloss - ohne Gegenstimmen - eine Woche später den Antrag der Landesfachgruppe Grundschulen „A13 für alle Lehrämter als Eingangsbesoldung“, der die Einrichtung einer Kommission und die Artikulation der Forderung in der Öffentlichkeit, auch im Rahmen der Tarifverhandlungen, vorsah.

Die AG „A13 für alle!“ hat bisher dreimal getagt. Die erste gewerkschaftsinterne Aktion bestand in einem Workshop im Rahmen der Fachtagung zur Aufwertung der sogenannten Frauenberufe im Mai dieses Jahres. Die zweite hessenweite Aktion ist eine HLZ mit dem Schwerpunktthema „Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit“. Auch auf GEW-Bundesebene wurde mittlerweile eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

Für die erste öffentliche Aktion am 13. November seid ihr nun alle gefragt: An diesem „Schwarzen Freitag“ ist der „1. Tag der unbezahlten Arbeit für Grundschullehrkräfte“. Ab diesem Tag erhält eine Grundschullehrkraft (A12 Stufe 3) im Vergleich zu allen anderen Lehrkräften bis zum Jahresende kein Gehalt mehr. Anders ausgedrückt: Das sind pro Monat über 500 Euro - ein „(Gender-)Pay-Gap“!

Tragt den Button „A 13 für alle!“, der euch mit der Post zugehen wird, an diesem Tag! Ihr könnt auch bei unserem Kreisverband danach fragen: info@gew-wiesbaden.de. Hängt die Plakate aus dem Schulversand oder eigene auf! Beteiligt euch an der Unterschriftenaktion an die Frauenbeauftragte an unserem Staatlichen Schulamt! Gebt als Schulen oder mit uns, eurem GEW-Kreisverband, Pressemitteilungen heraus!

Alle LehrerInnen sollten sich angesprochen fühlen. Wer nämlich heute die Besoldungsunterschiede der Lehrämter nicht aus der Gender-Perspektive betrachten möchte, sollte sich morgen nicht wundern, wenn die Abwertung des gesamten Berufsstands politisch weiter vorangetrieben wird, denn es arbeiten immer mehr Frauen als Lehrkräfte!

PRAXISSEMESTER / ERSTE KLAPPE

Durch *einfache* Ergänzung der Durchführungsverordnung zur Lehrerbildung hat das Kultusministerium ein Praxissemester für Lehramtsstudentinnen und –studenten als „Versuch“ eingeführt. *Einfach* wurden umfangreiche Anforderungen eingestellt, einfach die Universitäten beauftragt, das Ganze zu organisieren. *Einfach* begann das Praxissemester als „Erprobungsrunde“ am 14.9.2015 hessenweit. So *einfach*, so schlecht.

Jetzt nur einige Spotlights: Die Universität Frankfurt bemühte sich redlich, Gymnasien (diese Universität ist für die Erprobung im Lehramt an Gymnasien zuständig) für ihr Projekt zu finden. Noch galt der Grundsatz: „freiwillig“. Als die Universität dann nicht genug Gymnasien fand, wurden Schulen in Frankfurt „verpflichtet“, entsprechend unangenehm haben die ersten Studentinnen und Studenten im Praxissemester an einer Frankfurter Schule die Stimmung empfunden. Eine Frankfurter Beobachterin teilt mit, dass die Situation an dieser Schule inzwischen „nur noch grottig“ sei. Andererseits wurde uns bekannt, dass es Schulen gibt, die sich sehr um die Neulinge bemühen und ihnen vernünftige Arbeits- und Stundenpläne bieten. Bei alledem müssen wir beachten, dass die Kolleginnen und Kollegen die ganze Betreuungsarbeit mal wieder „so nebenher erledigen“ sollen. Eine Bezahlung oder Anrechnungsstunden gibt es nicht, so *einfach*, so normal.

Wir gehen davon aus, dass das Ministerium so normal wie immer ab Februar 2016, wenn das erste Praxissemester endet, stolz verkünden wird, dass der „Versuch“ ein „wunderbarer Erfolg“ sei. Wir werden deshalb weiter informieren, denn nach diesem „Erfolg“ wird das Praxissemester ganz schnell „verbindlich“ und daher Arbeitsalltag auch an allen Schulen im Aufsichtsbezirk unseres Schulamtes werden, so *einfach* und „von oben“ wie immer.

Ulrich Wolff

KANN MAN SECHSUNDFÜNFZIG ÜBERLASTUNGSANZEIGEN IGNORIEREN?

MAN KANN NICHT?

MAN KANN!

Im Juni haben die Kollegien von 56 Schulen im Bezirk Wiesbaden/Rheingau-Taunus-Kreis Überlastungsanzeigen an Kultusministerium und Schulträger auf den Weg gebracht.

Wie zu erwarten war, haben sich die Adressaten nach Kräften bemüht, diesen massiven Protest „kleinzureden“. Kultusminister Alexander Lorz erklärte, es handele sich um Protestschreiben, die von der GEW „orchestriert“ (sprich: finster gesteuert und manipuliert) worden seien, und nicht um Überlastungsanzeigen im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes. Diese Ignoranz gegenüber objektiv berechtigten Beschwerden hat der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer deutlich kritisiert und einen Gesprächstermin gefordert – eine Antwort steht noch aus.

Die Kleine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zu den inzwischen 122 Überlastungsanzeigen hessenweit musste der Kultusminister aber beantworten. Die Debatte dazu und vor allem das in unserem Sinne positive Presseecho auf die hohe Zahl der Überlastungsanzeigen wird Herrn Lorz nicht gefallen haben.

Auch der Versuch des Kultusministeriums, die Auseinandersetzung mit den Anzeigen auf Schulamt und Schulleitungen abzuwälzen, ist gescheitert, denn von den meisten Schulleitungen wurde zurückgemeldet, dass die Beschwerden über zu hohe Arbeitsdichte und schlechte Ausstattung der Schulen berechtigt sind und die Probleme nicht auf lokaler Ebene gelöst werden können. Das Schulamt hat zugesagt, diese Rückmeldungen gegenüber dem HKM nicht zu beschönigen.

Zwar sind die grundsätzlichen Probleme nur auf höherer Ebene zu lösen, die Gespräche zwischen Schulleitung, Schulamt und Personalrat über die enorme Belastung der Kolleginnen und Kollegen haben aber in einigen Fällen zumindest kleine Entlastungen gebracht, indem zum Beispiel die Zahl der Konferenzen reduziert oder indem für Schulentwicklungsprojekte ein größerer Zeitrahmen vereinbart wurde.

Der Schulträger wurde in den Überlastungsanzeigen aus dem Rheingau-Taunus-Kreis kritisiert – in den Anzeigen der Wiesbadener Schulen wurde dafür umso häufiger die Beseitigung der teilweise skandalösen baulichen Mängel und Ausstattungsdefizite gefordert. Das Städtische Schulamt hat darauf mit knappen Standardschreiben etwa folgenden Inhalts geantwortet: Die Mängel seien bekannt, das Städtische Schulamt bemühe sich nach Kräften um Abhilfe, sei aber im Übrigen nicht der richtige Adressat für Überlastungsanzeigen. Der Gesamtpersonalrat hat dem entgegnet, dass im Falle der Schulen die Verantwortung für Arbeitsschutz sehr wohl auch beim Schulträger liege und ein knappes Standardschreiben auf ausführlich dargelegte Mängel unangemessen sei. Es wurde uns daraufhin zugesagt, dass die Mängellisten noch einmal intensiver gesichtet würden.

Wir können also bilanzieren, dass sich eine große Zahl von Überlastungsanzeigen nicht einfach ignorieren lässt und dass sich der Aufwand für das positive Presseecho und einige konkrete Verbesserungen gelohnt hat!

Michael Zeitz

„KOPFTUCHURTEIL“ DES BUNDES-VERFASSUNGSGERICHTS – EINE DEBATTE

Mit Beschluss vom 27.1.2015 hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts ein pauschales Verbot religiöser Bekundungen in öffentlichen Schulen durch „das äußere Erscheinungsbild“ von Pädagoginnen und Pädagogen für nicht vereinbar mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit nach Art. 4 Abs. 1 und 2 GG erklärt. Die Beschwerdeführerinnen aus Nordrhein-Westfalen, die das Urteil erstritten haben, hatten sich dagegen gewandt, im Schuldienst ein aus religiösen Gründen getragenes Kopftuch bzw. eine als Ersatz getragene Wollmütze ablegen zu müssen. Das „Kopftuchurteil“ ist auch innerhalb der GEW sehr stark umstritten. Das gilt noch immer. Wir veröffentlichen zu der grundsätzlich bedeutsamen Debatte in dieser Ausgabe zwei Kommentare und freuen uns über weitere Beiträge zur Auseinandersetzung.

(as/Red.)

KOPFTUCH - GEFÄNGNIS IM EIGENEN NETZ ODER FREIHEIT IM KÄFIG?

Ich kam in einem Dorf mit 13 Familien auf die Welt. Ein ländliches Gebiet, wo Alewiten leben.

Meine Mutter hatte eine Kopfbedeckung, eine Art Tracht. Sie hatte auf dem Kopf ein gewickeltes Tuch, fast wie eine Krone, und darüber ein weißes etwas durchsichtiges Tuch.

Gegenüber Fremden und dem Dorfältesten verbarg sie ihr Gesicht. Sie sprach mit ihnen auch nicht direkt, selbst, wenn mein Onkel sie etwas fragte, sagte sie die Antwort mir und ich gab sie an ihn weiter. Das war für mich komisch, aber ich akzeptierte es. Alle Dorffrauen haben ihre Köpfe bedeckt. Die jungen Mädchen haben mit dem Heiratsalter dann auch damit angefangen, diese Kopfbedeckung zu tragen.

In der Nachbarstadt, wo mehrheitlich Sunniten leben, wohnte meine Tante. In einem Stadtteil allerdings lebten auch Alewiten. Als wir eines Tages meine Tante besuchten, sah ich in ihrem Haus an einer Wandgarderobe eine Çarşaf aufgehängt. Als ich sie nach dem Grund fragte, antwortete sie, sie fühle sich damit wohler und ungestörter, wenn sie in der Stadt unterwegs sei.

Mit 23 Jahren studierte ich in Ankara, wo auch meine Onkel mütterlicherseits lebten. Meine Tanten dort waren sehr westlich angezogen. Einmal war meine Mutter krank und ich habe sie mitgenommen, um sie in Ankara behandeln zu lassen. Sie war so ganz anders angezogen als die Menschen in der Stadt, ihre Kopfbedeckung, Salwar und Strickjacke, und sie bekam so manche schiefe Blicke. Aber ich hätte sie gegen alle Welt verteidigt, ob mir ihre Bekleidung jetzt gefiel oder nicht!

Als die ersten Gastarbeiter zum Heimaturlaub nach Hause kamen, nahmen sie ihre Ehefrauen mit nach Deutschland. Beim nächsten Heimaturlaub dann trug eine nach Deutschland ausgewanderte Nachbarin nur ein weißes Tuch ohne Kopfbedeckung. Im Dorf war sie dann das Gesprächsthema. Nach einigen Jahren kamen alle ausgewanderten Frauen ohne Kopfbedeckung zum Heimaturlaub ins Dorf.

Heute tragen meine Schwestern und die Frauen meiner Brüder keine Kopfbedeckung.

Bei den Alewiten bedecken heutzutage nur diejenigen ihren Kopf, die gesundheitliche oder andere Gründe haben. In ländlichen Gebieten der Türkei wird die Kopfbedeckung teils weiter getragen, wenn auch vorwiegend von älteren und alten Frauen.

Seit 25 Jahren unterrichte ich Türkisch in den Schulen in Wiesbaden. Ich habe keine Probleme damit, ob meine Schülerinnen Kopftuch tragen oder nicht. Vor Jahren habe ich bei einem Elterngespräch mit der Schulleitung übersetzen müssen. Da kam eine Frau mit zwei Kindern, die häusliche Gewalt erlebt hatte. Sie hatte ein Kopftuch auf und wirkte unsicher, hilflos. Eine Dolmetscherin aus dem Integrationsamt war auch anwesend. Sie begrüßte die Mutter auf islamische religiöse Art, sehr sicher mit einem militärischen Ton. Sie wirkte politisch geschult.

Menschen wie ich mit Migrationshintergrund, bringen Unterschiede mit. Es wird ein lange dauernder, moralisch-geistiger Entwicklungsprozess, um in eine neue Gesellschaftsform hineinzuwachsen. Dieser Entwicklungsprozess ist geprägt durch die eigene Geschichte, ob man als Frau oder als Mann in welcher Gesellschaft und wo auch immer auf die Welt gekommen ist.

In der islamischen Gesellschaft spielt die Bekleidung der Frauen eine große Rolle. Eine Welt die man nicht versteht, die aber eine eigene Logik hat. Ein System erfordert Anpassung, um zu überleben. Es kann persönliche, familiäre oder gesellschaftliche Gründe haben und es bedarf innerer Dynamik, sich daraus zu lösen.

Die weibliche Einstellung z. B: „ Ziehe ich mich nicht nach islamischer Moralvorstellung, nach islamischem Glauben an, begehe ich eine Sünde“, kann nur durch einen individuellen Entwicklungsprozess verändert werden. Und so lange sich diese innere Einstellung, diese innere Erkenntnis nicht ändert, bleibt diese Frau ihrer Bekleidungsauffassung verhaftet.

Es kann der Unterdrückung von Frauen dienen, aber auch zu einer selbstbewussten Entwicklung der Frau beitragen. Wie kann man unterscheiden, ob Kopftuchtragen ein Entwicklungsprozess und Selbstverwirklichung ist oder bestimmten politischen Zielen dient?

Das Kopftuchtragen hat viele Komponenten. Eine Entscheidung dafür oder dagegen ist durch komplexe Prozesse entstanden. Jede Frau muss für sich selbst entscheiden (dürfen), ob sie das will oder nicht.

In der Türkei musste ich leiden, weil ich zu einer Minderheit gehörte, hier musste ich leiden, weil man mich zu den Türken zählte. Ich habe in der Studienzeit, bei der Jobsuche oder bei der Wohnungssuche Benachteiligungen erlebt. Eine Frau, die ein Kopftuch trägt, darf man nicht in ihrer (beruflichen) Entwicklung behindern. Extreme Positionen stehen einer offenen Welt für alle gegenüber. Selbst im 21. Jahrhundert werden Kreuzzüge geführt, gibt es Töten im Namen Allahs und um sich greifenden Rassismus.

Deutschland ist ein Teil dieser Welt. Wenn nicht in allen Teilen unserer Gesellschaft neu strukturiert wird, werden die extremen Positionen Oberhand gewinnen. Die Frauen, darunter auch die Frauen mit Migrationshintergrund, gehören dazu, auch wenn sie anders aussehen.

Im sozialen Leben muss man Unterschiede zulassen, Verbote führen schnell zu einer Parallelgesellschaft.

Verbot der Burka oder Çarşaf? Dann lebt die Frau isoliert im familiären System!

Verbot des Kopftuches im beruflichen Leben? Keine Arbeit, keine finanzielle Unabhängigkeit!

Verbot des Ganzkörperbadeanzugs? Keine sportliche Betätigung im öffentlichen Raum!

Zur Information:

In der Türkei leben ungefähr 80 bis 85% Sunniten und 15 bis 20% Alewiten. Es gibt noch andere kleine Minderheiten, die jeweils eine eigene Religion haben. Die Kurden stellen ca. 18% der Gesamtbevölkerung in der Türkei und sind mehrheitlich sunnitische Muslime. Etwa 20% der Kurden sind Alewiten, auch ein Teil der türkischen Bevölkerung ist alewitisch. Abgesehen vom Glaubensbekenntnis, bekennen sich die Alewiten zu keiner der fünf Glaubenssäulen des Islam, was sie in den Augen der Sunniten und Schiiten zu Nichtgläubigen macht. Die für die Mehrheit der Sunniten und Schiiten geltenden Gebote und Verbote des Korans werden von den Alewiten in der Regel nicht befolgt.

Hassan Bilge

ZUM SO GENANNTEN KOPFTUCH-URTEIL

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) drückt sich und gibt den schwarzen Peter an die Schulen weiter: Ein Verbot des Kopftuchs im Unterricht sei nur dann gerechtfertigt, wenn „hinreichend konkrete Gefahr" für den Schulfrieden bestehe. Ein bisschen darf es aber schon sein? Was sich als Toleranz und Stärkung der Basisdemokratie geriert, ist nichts anderes als Feigheit vor klaren Regelungen.

Warum soll denn einer Lehrerin das Tragen des Kopftuchs im Unterricht gestattet sein?

- Weil alle Religionen gleich behandelt werden müssen?

- Weil niemand in seiner Religionsausübung behindert werden darf?

Das Tragen eines Kopftuchs widerspricht ebenso dem Neutralitätsgebot der Schule wie das Tragen von Kippa und Schläfenlocken oder Bekennerbuttons.

Die Gleichsetzung des Kopftuchs mit dem Islam ist falsch.

Das Tragen eines Kopftuchs wird nirgendwo im Koran explizit gefordert. Die drei Verse, die sich mit der weiblichen Kleidung befassen, gingen aus den damals eher weniger zivilisierten Umgangsformen hervor.

In der Sure 24, Vers 31, wird der himär gefordert, da die zur Zeit Mohameds übliche altiranische Frauenkleidung aus einem weiten Hemd mit langem Schlitz bestand, so dass, da es noch keine Unterwäsche gab, Entblößungen in der Bewegung möglich waren, was durch die Bedeckung des Dekolletés verhindert werden sollte. Des Weiteren sollten die Frauen außerhalb der Familie keinen Schmuck zeigen. Vom Haar war nicht die Rede, erst spätere Schriftgelehrte (Männer einer patriarchalischen Gesellschaft) subsumierten das weibliche Haar unter Schmuck.

In der Sure 33, Vers 53, soll der hijab (Absperrung) im Rahmen der Hofetikette die Frauen den Blicken der Besucher des Herrschers entziehen. Meist war es ein Vorhang, der die höfischen Frauen von dem öffentlichen Raum abgrenzte, aussperrte. Spätere Schriftgelehrte dehnten diese „Absperrung" auf alle Frauen aus.

Die Sure 33, Vers 59, empfiehlt den freien Frauen „etwas von ihrem Gewand herunterzuziehen", wohl eine Bedeckung des Dekolletés aus dem gleichen Grund wie oben. Ziel war, dass Frauen als ehrenhaft erkannt und daraufhin nicht belästigt wurden. Sklavinnen fielen nicht unter dieses Gebot. Es war also eher ein Zeichen der Unterscheidung, welche Frau belästigt werden darf und welche nicht.

Festzuhalten ist daher: In diesen einschlägigen Suren wird nirgendwo eine explizite Vorschrift für das Tragen des Kopftuchs formuliert, das geschah erst später in der Hadith bzw. Sunna, wo unterschiedliche Bedeckungen je nach Interpretation des Blößebegriffs von Schriftgelehrten gefordert wurden.

Das Kopftuch als islamisches Bekenntnis ist also nicht begründbar. Bereits in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts wies man in der islamischen Welt eindringlich darauf hin, dass das Kopftuch der gottgewollten Gleichheit der Geschlechter widerspreche (und setzte es auch um).

Erst in den letzten Jahrzehnten gewann das Kopftuch im Zuge einer zunehmenden Islamisierung des Islam als Zeichen der Opposition gegen westliche Werte an Bedeutung.

Was vermittelt nun eine Kopftuch tragende Lehrerin ihren jungen Schülern und vor allem ihren Schülerinnen?

- Sie vermittelt Geschlechtersegregation in einem Bildungssystem, das vor 50 Jahren endgültig und überall die Koedukation einführte. Dies zielt auf unser Grundvertrauen in die Gleichheit der Geschlechter, unser emanzipiertes Selbstverständnis.

- Sie vermittelt ein gefährlich vereinfachendes Bild der Frau als Sexualobjekt und des Mannes als Testosteron-gesteuerten Aggressors. Ein armseliges Bild, das weder für Verständnis noch für Verantwortung wirbt und insofern unseren Bildungszielen widerspricht.

- Sie vermittelt die Gefährdung nicht Kopftuch tragender Mädchen und Frauen, also der Mehrheit in diesem Land; dies spaltet die Gruppe der Schülerinnen in „gute“ und „schlechte“ Mädchen.

- Sie vermittelt, dass Frauen nicht gleichberechtigt sind (in Widerspruch zu Artikel 3 GG): Sie tragen Kopftuch, um nicht zu reizen. Was tun Männer, um Frauen nicht zu belästigen? Warum müssen Männer sich nicht bedecken?

- Sie lässt seit Jahrhunderten überwundene Zeiten, in denen es einer Kleiderordnung zum Erhalt des sozialen Friedens bedurfte, wieder aufleben und verunsichert damit ihre Schülerinnen und Schüler, statt ihnen Vertrauen in den Rechtstaat und seine Gesetze zu vermitteln.

- Sie gibt kein Beispiel für Integration; in Deutschland sind Kopftücher bzw. andere den Körper verhüllende Kleidungsstücke nicht üblich. Wie werden wir reagieren, wenn eine Lehrerin sich mit der Burka verhüllt?

Was tun, wenn Väter in Schulen mit einem hohen Anteil muslimischer Schülerinnen und Schüler den kopftuchlosen Lehrerinnen nicht mehr nur den Handschlag und die Klassenfahrtzusage für die Töchter verweigern, sondern auf einer sichtbar frommen Lehrerin bestehen?

Was eine Lehrerin privat trägt, ist ihre Sache, aber in der Schule hat sie Vorbildcharakter und Einfluss, je jünger die Kinder, desto mehr. Dieser Beschluss des BVG wird unser schulisches Leben verändern, er polarisiert und entsolidarisiert.

Marion Beste, Katja Plazikowsky

Gesehen in einem Wiesbadener Ladengeschäft

DAS NETZ DER LOBBYISTEN

Schülerpreise von der Wirtschaft für die Wirtschaft

Bekannt, beliebt und geschätzt: Leonardo ist ein Wiesbadener Schülerwettbewerb der Stiftung Wiesbaden. Doch selbst solchen Vorzeigeprojekten scheint langsam das Geld auszugehen. Auf Nachfrage bestätigte die Stiftung, dass man auch auf Wunsch der Geldgeber des Wettbewerbs (von denen sich jeder selber auf der Homepage, in den Publikationen oder während der mit Werbeblöcken gespickten Preisverleihung überzeugen kann) die mit der Satzung der Stiftung kaum zu vereinbarende Kategorie „Wirtschaft“ eingeführt hat. Die Bewerber in dieser Kategorie sind überschaubar. Der prozentual hohe Anteil an lobbyistisch geförderten Schülerprojekten mochte bereits den Argwohn der GEW Wiesbaden wecken. Als dann aber die beiden eindeutigen Lobbyprojekte der JUNIOR gGmbH auf den ersten beiden Kategorieplätzen ausgelobt wurden (offen präsentierte man sogar den Geldscheck seitens der fragwürdigen Organisation auf der Leonardo-Homepage), war die Verbindung zwischen Geldgeber und Preisträger kaum mehr übersehbar.

Im Wiesbadener Schulamt scheint man sich zudem intern weiter für eine Fortschreibung der Schülerprojekte auf der Grundlage des wirtschaftslobbyistischen Projekts des NFTE Deutschland e.V. zu rüsten (wir berichteten bereits in der letzten Ausgabe). Hierzu führt man vor allem OLOV ins Feld – das meint eine hessenweite Strategie zur „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf“. Dieser OLOV als Landesorganisation indes lehnt auch bei mehrfacher Nachfrage stets jede Verantwortung ab und verweist auf die regionale Gliederung. Im Wiesbadener Rathaus finden Preisverleihungen mit und für die Lobbyisten statt. Und die Wiesbadener Industrie- & Handelskammer lädt in den eigenen Räumen zusammen mit JUNIOR zu Rekrutierungsveranstaltungen für interessierte Lehrer und Lehrerinnen ein. Letztere sitzen auch prominent in der Leonardo-Wirtschafts-Jury und vergeben an eben diese befreundete Organisation Preise. Wiesbadens Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrerinnen und Lehrer sehen sich zunehmend einem gut organisierten Netzwerk gegenüber, das nicht unverhohlen auf sich selber referenziert. Umso erfreulicher, dass die Landes-SPD dieses Problemfeld aktiv in den hessischen Landtag eingebracht hat. Die bereits vorliegende Antwort der Landesregierung, die fern jeder realistischen Belastung von Lehrerinnen und Lehrern und Schulleitungen die Verantwortung zurück an die Schulen verweist, bestätigt der Eindruck, dass es Zusammenschlüssen wie SchuleWirtschaft zunehmend gelingt, ein wirtschaftsfreundliches und für Lobbyisten einfaches Feld an den hessischen Schulen zu bestellen. Die GEW Wiesbaden wird über die Entwicklung weiter berichten.

René Scheppler

2 JAHRE GEW-ARBEIT IM

Tätigkeitsbericht des Kreisvorstands

An dieser Stelle möchten wir zuerst an zwei Menschen erinnern, die im Kreisverband Wiesbaden über lange Jahre hinweg sehr aktiv waren: ***Wir trauern um Ute Harlos und Bärbel Lambrecht.*** *Ungern verzichten wir auf ihre klugen und humorvollen Beiträge in der Arbeit des Kreisverbandes und des Kreisvorstandes.*

Werbung neuer Mitglieder/ Junge GEW/ Vertrauensleute

Christine Dietz und andere KV-Mitglieder stellen regelmäßig die GEW bei den LIV vor, an den Neueintritten können wir sehen, dass dies eine erfolgreiche Veranstaltung ist. Die Informationsveranstaltungen für LiV, die demnächst ihr Examen machen, wurden nicht so gut angenommen, daher werden sie vorerst nicht weitergeführt. Die letzten Veranstaltungen fanden am 20.01.2014 und 02.07.2014 statt.

Versand des GEW-Kalenders in 2014 und 2015

Der Kreisvorstand hat sich weiterhin dafür ausgesprochen, den Mitgliedern den Kalender jährlich zu senden. Den Wunsch nach „Abbestellung“ haben einige Mitglieder an uns weitergegeben.

PensionärInnentreffen fanden am 12.12.2015 und 25.03.2015 statt, initiiert von Marion Beste und Sophie Wegener-Stahlschmidt

16.06.2015 Landesweiter Beamtenstreik

11.03. 2015 Warnstreiks der Tarifbeschäftigen in den Bildungseinrichtungen in Darmstadt

17.12.2014 „Kein Platz im Stall - mehr Deutschunterricht für Flüchtlingskinder“ vor dem Kultusministerium

GEW und Medien

WLZ: Erschien seit September 2013 viermal. Im Frühjahr 2015 wurde eine „Streikausgabe“ zur diesjährigen Tarifrunde und zum Thema eines (damals noch nicht ausgerufenen) BeamtInnenstreiks erstellt. Thomas Eilers und Arnold Spellerberg praktizieren eine hervorragende arbeitsteilige Redaktionsarbeit: Arnold ist für die Texte zuständig, Thomas für das Layout. Mit dieser Form der Zusammenarbeit haben wir sehr gute und angenehme Erfahrungen gemacht.

Homepage: Aktuelle Informationen werden regelmäßig auf der HP platziert. Seit der letzten MV wurden ca. 200 Beiträge auf die Homepage gestellt.

GPRLL-Info der GEW-Fraktion: seit September 2013 gab es 6 neue Ausgaben des Infos.

Laufende Geschäfte

Der Kreisvorstand trifft sich regelmäßig alle 14 Tage zu einer Sitzung in der Geschäftsstelle in der Gneisenaustraße. Am 20.09.2014 führten wir einen Klausurtag durch.

Die Mitglieder melden sich in der Regel über E-Mail oder Telefon bei Nachfragen, um Informationen und Beratung zu bekommen. Die Geschäftsführung macht seit 2013 Thomas Eilers.

Die Rechtsberatung durch Manon Tuckfeld, Christina Gerhardt und Michael Zeitz wird zurzeit rege nachgefragt. Manon ist über ein Teilentlastungmodell (finanziert über den Bezirk Südhessen und Kreisverband Wiesbaden) zur Koordination von PR-Schulungen und als ehrenamtliche Rechtsberaterin mit allen möglichen rechtlichen Themen beschäftigt. Auch das Angebot für Pensionsberechnungen von Christina wird von den Mitgliedern in Anspruch genommen.

Aus dem Kreisvorstand heraus haben wir die Aufgabe wahrgenommen, an den verschiedenen Gremiensitzungen der GEW teilzunehmen: Bezirksvorstand Südhessen (Uli Horbrügger, Christine Dietz), Landesvorstand (Uli Horbrügger, Katja Plazikowsky, Christine Dietz), Landesfachgruppen (Katja Plazikowsky, Annette Franz, Sigrid Rohleder, Christine Dietz, Michael Zeitz, Manon Tuckfeld, Rene Scheppler), Personenvertretungen, LEA (Bärbel Lambrecht, Thomas Eilers). Leider war es uns aus zeitlichen Gründen nicht immer möglich, alle Gremientermine wahrzunehmen.

Kontakt zum DGB: Thomas Eilers nahm an den Geschäftsführersitzungen teil und organisierte zusammen mit dem DGB verschiedene Veranstaltungen. -

Hauptsächlich wegen der Berichterstattung in den Medien und wegen der Haltung des DGB-Vorstands zu den Streiks der Lokführergewerkschaft GdL wurde ein Brief an den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann versandt. Eine Antwort haben wir nicht erhalten.

Die Informationen über die Schulpolitik der Stadt Wiesbaden wurden von uns aufmerksam verfolgt und begleitet, besonders die Themen Inklusion, Schulschließungen sowie Schulsanierungen. GEW-Mitglieder nehmen regelmäßig an den Sitzungen des Ausschusses für Schule und Kultur teil.

Im KV Wiesbaden treffen sich derzeit regelmäßig die Fachgruppe Gymnasien und die Fachgruppe Grundschule.

Gesundheitspolitik: Jürgen Jäger informiert den KV über die neuesten Entwicklungen in Wiesbaden, Hessen und anderen Bundesländern.

Seit März 2014 ist Rene Scheppler ständiger Gast in den KV-Sitzungen, als Mitglied des Kreisverbandes ist er in der Landesfachgruppe Gesamtschulen und inzwischen „unser“ Fachmann in Sachen Lobbyismus an Schulen.

Inklusion - „Modellregion Wiesbaden“

Es gibt Kontakt zu Schulen, Veranstaltungen in Wiesbaden und landesweit werden besucht und verfolgt, ebenso haben wir Kontakte zu anderen Organisationen gepflegt.

G8/G9: Mitglieder des KV haben die Entwicklung in Wiesbaden kritisch begleitet und an allen Veranstaltungen zu diesem Thema teilgenommen.

„Gemeinwohl hat Vorfahrt“: Doro Stöver vertritt den KV bei den Treffen und Veranstaltungen.

Lobbyismus in Schulen: Der KV Wiesbaden beschäftigt sich mit diesem Thema intensiv seit 1 ½ Jahren, es wird recherchiert, nachgefragt und Öffentlichkeit hergestellt.

Die Themen Inklusion/ Überlastungsanzeigen/ Kommunikationsanlagen an Wiesbadener Schulen/ Seiteneinsteiger werden immer wieder seitens der GEW Fraktion im Gesamtpersonalrat hervorgehoben und nachgefragt.

KREISVERBAND WIESBADEN

Wiesbaden 2013 bis 2015

Veranstaltungen

Bildungsgespräche:

06.02.2014 Hessische Bildungspolitik für benachteilige Jugendliche und junge Erwachsene /Überganssysteme in der Kerschensteinerschule

13.11.2014 Schulfrei für die Bundeswehr in der Kerschensteiner Schule

05.05.2015 SuE Theater „Neues von EGO“ mit Diskussion

Streiks/ Demonstrationen/ Aktivitäten/ Veranstaltungen

17.09.2013 OB Sven Gerich diskutiert mit dem Wiesbadener KV

28.01.2014 Veranstaltung GEW Hessen mit KV Wiesbaden zur Tarifrunde

März 2014 Anlässlich der Wiesbadener Ausbildungsmesse hat der DGB Kreisverband Wiesbaden/Rheingau-Taunus eine Aktion vor den Eingängen der Messe durchgeführt. Grund dafür war, dass auch die Bundeswehr einen Stand auf der Messe angemeldet hatte.

01.05.2014 Kranzplatz DGB-Veranstaltung mit GEW Stand

21.05.2014 DGB-Gespräch mit OB Sven Gerich, Teilnahme von KV-Mitgliedern

25.06.2014 Teilnahme am Bildungsstreik mit einer Rede von Christine Dietz, KV Wiesbaden

16.09.2014 GEW-Fraktion des GPRLL zum Thema: „Vorderbühne Inklusion – Hinterbühne???“ im Staatlichen Schulamt

04.07.2014 Sommerfest

17.12.2014 „Kein Platz im Stall - mehr Deutschunterricht für Flüchtlingskinder“ vor dem Kultusministerium

12.01.2015 Aktionstag zum Mindestlohn

11.03. 2015 Warnstreiks der Tarifbeschäftigen in den Bildungseinrichtungen in Darmstadt

18.04.2015 Demo gegen das Tarifeinheitsgesetz in Frankfurt, vom Kreisverband unterstützt

22.04.2015 TTIP Veranstaltung

Mai 2015 Geschäftsstelle ist Streikbüro für SuE-Streik (Thomas Eilers organisiert Veranstaltungen, Eintragen in die Streiklisten, Diskussionen, Essen und Trinken, ...)

01.05.2015 DGB-Veranstaltung mit GEW Stand

12.05.2015 Gespräch DGB OB Gerich, GEW nimmt teil

16.06.2015 Landesweiter eintägiger BeamtInnenstreik in Wiesbaden

08.07.2015 Podiumsdiskussion Sanierungsstau an Wiesbadener Schulen

16.07.2015 Kundgebung der GEW Wiesbaden gegen den Sanierungsstopp der regierenden Koalition von SPD und CDU

23.7.2015 Kundgebung der LandesschülerInnenvertretung vor dem Kultusministerium: Übergabe von etwa 28.000 Unterschriften gegen die 300 Stellenstreichungen mit einer Rede von Christine Dietz als Vertreterin der Grundschulen

29.09.2015 „Wir haben mehr verdient – Arbeitgeber sollen verbessertes Angebot vorlegen“ Kundgebung Rathaus Wiesbaden / Laspeé‘Straße (Haltestelle Termine)

22.04.2015 TTIP-Demo, 250.000 in Berlin

29.09.2015 „Wir haben mehr verdient

Aktivitäten in der Öffentlichkeit

Pressemitteilungen

- zur geplanten Gebührenerhöhung für die Stadtbibliothek (Dez. 2013)

- zum Praxistraining an der EBS Law School (Jan. 2014)

- „Notstand“ für die „freie Schulwahl“ in Wiesbaden. Die „überwählten“ G9-Gymnasien und die grüne Bildungspolitik (01.07.2014)

- Schulpolitisch einseitig: Erklärung der GEW-Wiesbaden zur beabsichtigten Umwandlung der Martin-Niemöller-Schule in ein Vollgymnasium (24.07.2014)

- zur Glosse „Aufgekocht“ im Wiesbadener Kurier/Tagblatt über die GEW vom 29.7.14., in der es heißt, der GEW-Kreisvorstand stelle sich gegen Lehrer, Eltern und Politik. Hier wurde eine Klarstellung formuliert

- Wiesbaden braucht eine weitere IGS (29.09.2014)

- Wording, ein schönes neues Wort für Sprachregelung - Presseerklärung des Kreisverbandes Wiesbaden zur „Berichterstattung“ in den Medien über die Streiks der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) bei der Deutschen Bahn AG (11.11.2014)

- Schulfrieden – noch lange - nicht in Sicht - „Wenn gegen den erklärten Willen der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Eltern eine Umwandlung in ein G9-Gymnasium nicht gelingt, dann liegt der Fehler im System“, so der Vorstand der GEW-Wiesbaden (19.11.2014)

- Wie Wer(wirtschafts)wölfe sich neue Jagdgebiete in Schulen erobern - Stellungnahme der GEW Wiesbaden zu Lobbyismus an Schulen und im speziellen zu NFTE Deutschland e.V. (23.11.2014)

- Schulen sanieren sofort! Verschwendung von Steuergeldern stoppen! - Gigantischer Sanierungsstau von mehreren 100 Millionen Euro. GEW fordert Taten! (12.02.2015)

- EBS-Geldsegen: Offener Brief an die Dietmar-Hopp-Stiftung (20.04. 2015)

- „Nichtachtung und Unredlichkeit“ - GEW Wiesbaden kritisiert Kultusminister Lorz massiv (Überlastungsanzeigen 25.06.2015)

- Schon vergessen?! - Im Kommunalwahlkampf 2011 argumentierte die Wiesbadener SPD überzeugend und völlig zu Recht: „Millionen für Banken - Im Klassenzimmer tropft es. Ungerecht. ... (01.09.2015)

- Stellungnahme der GEW Wiesbaden zu Presseberichten über Kürzungen bei der Schulsozialarbeit (02.10.2015)

(Alle Pressemitteilungen sind auch auf der Homepage unter www.gew-wiesbaden.de zu finden).

- European Business School (EBS)/ Private Schulen am Beispiel Obermayr.

Verschiedene Pressemitteilungen wurden zu diesem Themenbereich verfasst, Manon Tuckfeld hat den persönlichen Kontakt zum Betriebsrat der Obermayr Schulen gesucht und diesen beraten; Hajo Barth ist weiterhin aufmerksamer Beobachter und Kritiker der EBS und führte zu diesem Thema ein Gespräch mit Angela Dorn, GRÜNE, das auch auf youtube.com zu sehen ist (November 2013).

WARNSTREIK AM 16.6.2015 – „MASSREGELUNGEN“ IM ANMARSCH

Am 16.6.2015 haben zahlreiche Beamtinnen und Beamte an einem hessenweiten Warnstreik der GEW teilgenommen und damit ihren Dissens mit der Landesregierung, die eine Nullrunde bei der Besoldung durchsetzen will und längst vereinbarte Pflichtstundenreduzierungen verweigert, eindrucksvoll demonstriert. Beamtinnen und Beamte müssen nun damit rechnen, dass ihnen „Maßregelungen“ bevorstehen. Mittlerweile haben die Schulen dem Staatlichen Schulamt die Zahlen gemeldet: Streikteilnehmerinnen und –teilnehmer sowie durch Streik ausgefallene Stunden.

Auf Weisung des Ministeriums wird das Schulamt den „Beschuldigten“ über die Schulleiterin oder den Schulleiter zwei Schreiben aushändigen lassen. Schreiben Nummer 1: Es wird ein Gehaltsabzug anteilig für die nicht gehaltenen Stunden angekündigt werden. Hier ist es besonders wichtig, die von der Behörde angegebene Stundenzahl zu überprüfen. Eventuell müssen die Angaben der Behörde schriftlich korrigiert werden. Für eine Stellungnahme oder Korrektur gilt eine Frist von zwei Wochen. Den Gehaltsabzug selbst muss man hinnehmen. GEW-Mitglieder können bei ihrer Gewerkschaft dann unter Vorlage der Verfügung des Schulamtes die Zahlung von Streikgeld beantragen. (Anträge findet man unter www.gew-hessen.de)

Schreiben Nr. 2: Das Ministerium hat sich starrsinnig dazu entschlossen, gegen alle Beteiligten am Warnstreik einen „Verweis“ (eine Art schriftlicher Tadel) aussprechen zu wollen. Das allerdings eröffnet den „Beschuldigten“ weitgehende Rechte im Verfahren. Man erhält zunächst eine „Vorwurfsschrift“. Zu den Vorwürfen kann man sich dann innerhalb einer Frist von nur einer Woche schriftlich erklären, ob man schriftlich oder mündlich bei einer „Anhörung“ zu den Vorwürfen Stellung nehmen will. Bei der Anhörung kann man alle Aspekte vortragen, die dazu dienen können, sich von den Vorwürfen zu entlasten. Das Schulamt muss die entsprechenden Verfahrensschritte gewährleisten. Über diese Verfahren werden wir weiter auf unserer Homepage informieren.

as/Red.

DIE BESCHULUNG VON SEITENEINSTEIGERN IM SCHULAMTSBEZIRK RHEINGAU-TAUNUS UND WIESBADEN

Seit zwei und mehr Jahren fordern die beruflichen Schulen vom Kultusministerium eine Neuauflage des EIBE-Programms (ein Programm mit ESF-Mitteln) für die sich abzeichnende hohe Zahl von zuwandernden jungen Menschen. In Rahmen von EIBE hatten die jugendlichen Seiteneinsteiger eine Abschlussperspektive und erhielten zusätzlich eine Berufsorientierung, u. a. durch Unterricht in Werkstätten. Stattdessen wurde erst kurz vor den Sommerferien das neue Programm InteA (Integration durch Abschluss) vorgestellt und zum Schuljahresbeginn eingerichtet. Die Kerschensteinerschule Wiesbaden wurde dafür vom HKM als Schwerpunktschule in Kooperation mit den Beruflichen Schulen Untertaunus (Taunusstein) und der Beruflichen Schule Rheingau (Geisenheim) bestimmt.

Aktuelle Zahlen der InteA-Klassen (Stand 14.10.2015)

Schülerzahl	Klassen	Standort
134	8	Wiesbaden
54	3	Rheingau-Taunus
In „Warteschleife“ 71 Schülerinnen und Schüler		
Geplant zum 1.11.2015		
16	1	Taunusstein
Geplant zum 1.2.2016		
16	1	Taunusstein
16	1	Geisenheim

Täglich kommen weitere Seiteneinsteiger, daher müssen weitere Ressourcen bereitgestellt werden. Die Schulen brauchen eine zügige Nachsteuerung.

Ein großes Lob geht an die zuständigen Dezernenten und Sachbearbeiter des Staatlichen Schulamtes, die angemessen auf die schon lange absehbare hohe Zahl von Seiteneinsteigern reagierten und in kurzer Zeit die benötigten Lehraufträge vergaben.

Am Beispiel der Kerschensteinerschule Wiesbaden lassen sich folgende Feststellungen treffen:

Die räumliche Situation an der Schwerpunktschule lässt keine Ausweitung der Klassen mehr zu. Zusätzliche Kapazitäten können evtl. noch an den kooperierenden Schulen geschaffen werden; das bedeutet für die angemeldeten SchülerInnen aus Wiesbaden evtl. lange Fahrzeiten und komplizierte Anträge auf Fahrgelderstattung.

Die eingesetzten LehrerInnen arbeiten alle mit befristeten Verträgen. Es finden zwar Fortbildungen „Deutsch als Zweitsprache“ statt; die Forderung der vergangenen Jahre, verstärkt in diesem Bereich LehrerInnen auszubilden, wurde allerdings nicht gehört.

Die versprochene sozialpädagogische Begleitung durch „freie Träger“ wurde erst nach Start der Maßnahme eingeleitet. Die Besetzung der Stellen erfolgt sukzessive bis zu den Herbstferien.

Unterstützung durch die versprochenen SchulpsychologInnen wurde nicht eingerichtet.

Die Organisation der InteA-Maßnahme erfolgt nicht durch die Berufsschulabteilung im HKM, was dazu führt, dass die Möglichkeiten der beruflichen Schule, an Berufe und die Berufswelt heranzuführen, nicht ausreichend in den Durchführungsbestimmungen berücksichtigt wurden.

Wir fordern:

Bereitstellung von ausreichenden Räumen zur Beschulung der jugendlichen MigrantInnen. Dazu müssen Schulträger und HKM Vereinbarungen treffen.

Ausbildung von LehrerInnen im beruflichen Schulwesen mit dem Schwerpunkt „Deutsch als Zweitsprache“.

Durchsetzung des Rechts auf Bildung mindestens bis zum 21. Lebensjahr, unabhängig vom ausländerrechtlichen Status.

Vereinfachung von Rahmenbedingungen, z. B. beim Ersatz von Beförderungskosten.

Anwendung der Verordnung über die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung in den InteA-Maßnahmen mit der Möglichkeit, schulische Qualifikationen (HSA und Quali-HSA) zu erwerben.

Keine prekären Beschäftigungsverhältnisse für LehrerInnen.

Unterstützungsangebote durch den schulpsychologischen Dienst durch Supervision, Fortbildungen und Fallbesprechungen bei z. T. stark traumatisierten Jugendlichen.

Caro Hegner und Uta Knigge

DIE WELT BRENNT, DIE TÜRKEI AUCH

Die Türkei hat ihre Probleme mit friedlichen und demokratischen Mitteln nicht gelöst und die notwendigen Reformen nicht realisiert. Die ersten 70 Jahre der türkischen Republik haben die Gesellschaft in links und rechts, laizistisch-religiös, kurdisch-türkisch, alewitisch-sunnitisch polarisiert.

Lange Zeit hat man versucht, eine homogene, eine „einfarbige" Gesellschaft zu schaffen. Das laizistisch-kemalistische Regime hat der Linken und der Arbeiterbewegung, den Islamisten, den Kurden und den Alewiten keine Rechte und Freiheiten gegeben. Wenn die oppositionellen Kräfte stärker wurden, kam die Armee dem Staat zur Hilfe und übernahm die Macht.

Die islamistischen Kräfte haben es trotz dieser Unterdrückung geschafft, an die Macht zu kommen. Die AK-Partei (Islamistische Partei) hat die staatlichen Organe unter ihre Kontrolle gebracht. Sie hat die islamistische Lebens-und Denkweise in alle Bereiche des alltäglichen Lebens eingeführt.

In der Vergangenheit haben Islamisten unter der kemalistischen Politik gelitten. Jetzt,wo sie an der Macht sind, versuchen sie, eine islamisch betonte homogene Gesellschaft zu schaffen. Die Vertreter des Kemalismus versuchen dagegenzuhalten.

Die Politik der Kemalisten und die Politik der Islamisten haben dazu geführt, dass es in der Türkei zu immer mehr Auseinandersetzungen kommt. Dialog, Versöhnung und Lösung der Probleme sind in weiter Ferne. Die politischen Fronten sind verhärtet, es gibt gegenseitige Drohungen.

In der Vergangenheit hat man als Kurde oder Alewite in der Türkei Tragödien erlebt. Sowohl im osmanischen Reich als auch in der türkischen Republik haben beide Gruppen Gewalt erfahren. Geblieben ist das Misstrauen, dass es zu jeder Zeit wieder zu Massakern kommen kann.

Die linke Bewegung ist durch die Militärjunta 1980 und den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme kleiner geworden. Sie unterstützt die Kemalisten mit nationalistischen Gefühlen. Ein Teil davon arbeitet mit der kurdischen Organisation PKK zusammen.

Die Alewiten haben immer an der Seite der Kemalisten gestanden. Die AK-Partei unter Erdogan hat versucht, Vertrauen aufzubauen. Sie ist den Alewiten etwas entgegengekommen, aber die wirklichen Reformen fehlen.

Lange Zeit hat die türkische offizielle Ideologie die Kurden als Bergtürken bezeichnet und ihre Existenz verleugnet. Jetzt hat sie eingesehen, dass es ein kurdisches Volk gibt. Dieses Problem ist mit Unterdrückung und mit militärischen Mitteln nicht lösbar.

Die Politik ist weit entfernt von Reformen. Von kleinen Zugeständnissen abgesehen, wie kurdischen Fernsehsendungen oder dem Fach Kurdisch als Wahlunterricht an bestimmten Universitäten, geht es der Regierung nur darum, Zeit gewinnen und weitere Reformen zu verschleppen.

Die seit Jahren dauernden Kämpfe haben bei Türken und Kurden Hass, Vertrauensverlust und Vorurteile geschaffen. Die Völker stehen sich mit feindlichen Gefühlen gegenüber.

Alle, die Kemalisten, die Islamisten, die Kurden, die Alewiten und die linken Gruppierungen in der Türkei, tragen die Verantwortung. Entweder sie setzen sich für Demokratie und Frieden ein oder sie tragen das politische Erbe weiter. Dann kämpft jeder gegen jeden.

Die türkische Politik muss aus der jetzigen Lage des Irak und Syriens Lehren ziehen. Sie kann ihre Probleme friedlich lösen und damit ein Beispiel für diese Länder werden.

Die Kurden müssen selbst auch etwas dazu beitragen, indem sie eine diplomatische Vermittlungssprache entwickeln, damit beide Völker in Frieden und Freiheit zusammen leben können. Sie müssen klare Ziele benennen, sei es kommunale Selbstverwaltung, Autonomie oder Grundgesetzänderung.

Stattdessen ist die PKK weiterhin bewaffnet. Sie führt Straßenkontrollen durch, wirft Bomben, tötet Menschen und erklärt Gebiete zu befreiten Zonen.

Gewalt führt auf der türkischen Seite dann zu noch mehr Gewalt.

Auf der Welt gibt es viele Vielvölkerstaaten und ein friedliches Zusammenleben scheint möglich. Die Türkei muss in Sprach-und Glaubensbereichen bestehende gesellschaftliche Wirklichkeiten akzeptieren und die Rechte unterschiedlicher Völkergruppierungen anerkennen.

Wie sieht es im Alltag aus? Zum Beispiel ist der (sunnitische) Religionsunterricht nicht freiwillig. Die alewitischen Gotteshäuser (Cemevi) haben keinen offiziellen Status. Der sunnitische Islam ist vom Staat nicht getrennt. Wenn ein alewitischer Soldat im Kampf gegen die PKK gefallen ist, nimmt kein Staats-und Militärbediensteter bei der Beerdigungszeremonie im Cemevi teil, wie es bei sunnitischen Gefallenen Brauch ist und obwohl es als Heldentod angesehen wird, für das Mutterland zu sterben.

Die Türkei trägt selbst die Verantwortung dafür, ob sie ein zweites Syrien wird!

Das wird auf jeden Fall sehr große Konsequenzen haben, sowohl für Deutschland als auch für Europa!

Hassan Bilge

STEHT DIE GESUNDHEIT UNSERER KINDER ZUR DISPOSITION?

Wiesbaden braucht ein Gefahrstoffkataster für alle öffentlichen Bildungseinrichtungen

Wiesbadens Schulen sind seit Jahren in einem miserablen baulichen Zustand. Viele sind nach wie vor mit gesundheitsschädigenden Baustoffen und Materialien belastet. Für umfassende und gründliche Sanierungen oder gar Neubauten nimmt die Stadt Wiesbaden viel zu wenig Geld in die Hand. Die Gesundheitsbelastungen durch krebserzeugende und erbgutschädigende Stoffe werden kleingeredet und sogar geleugnet. Oft genug wird nicht die vollständige Schadstofffreiheit als Ziel formuliert, sondern nur die gesetzlichen Mindestanforderungen. Das reicht aber nicht, die Zeit drängt!

Seit Jahren fordert die GEW die Stadt Wiesbaden auf, **eine umfassende Katastererstellung für alle Schulen** zu erarbeiten und vorzulegen, damit möglichst alle im jeweiligen Gebäude vorhandenen schadstoffhaltigen Materialien in der Bausubstanz und der technischen Gebäudeausrüstung erfasst und dokumentiert werden. Erst dann kann für jede einzelne Einrichtung der Arbeits- und Gesundheitsschutz bei der Nutzung durch Schüler und Beschäftigte gewährleistet werden.

Dies sollte für die Politik der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht ein (Rand-)Thema sein, wenn Wahlen bevorstehen …

Jürgen Jäger

Kohlheckschule, Wiesbaden, 2015±

EINLADUNG ZUR GEW MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2015

3. Dezember 2015, 18.00 Uhr, Welfenstr. 10, Wiesbaden, Mensa der Kerschensteinerschule

TAGESORDNUNG

1. Einstimmung	*Essen & Getränke & Kultur*
2. Begrüßung	*Grußwort des DGB*
3. Tätigkeitsbericht	*des KV Wiesbaden*
4. Kassenbericht	*& Kassenprüfung*
5. Aussprache	*Diskussion*
6. Entlastung	*des Vorstandes*
7. Zusammenlegung	*der GEW Kreisverbände Rheingau & Wiesbaden*
8. Wahlen	*Kandidatinnen und Kandidaten für die Gesamtpersonalratswahl 2016/ Kreisvorstand, Vorstandsteam, Geschäftsführung, Kreisrechner_in/ Bezirksdelegierte/ Landesdelegierte*
9. Verschiedenes	
10. Ehrungen	*der Jubilare*